



Verteiler:

Ministerpräsident Daniel Günther,

Minister Werner Schwarz, Minister Tobias Goldschmidt,

Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landtags,

Presse

Rendsburg, den 26.09.2024

16-Punkte-Plan der Landesregierung: geplante Nullnutzungsgebiete in der Ostsee

Hier: Alternativvorschläge der Fischerei

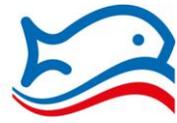
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gesunde Meere und die Bedeutung des Meeresschutzes liegen auch der Fischerei am Herzen. Gesunde Meere sind schließlich eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Fischerei und die Zukunft der Fischereibetriebe.

Dem Ökosystem der Ostsee geht es seit Jahren nicht gut. Frage: in welchem Abschnitt ist die größte Betroffenheit? Im Finnischen Meerbusen, in der östlichen, zentralen, mittleren oder westlichen Ostsee? Mit der Aussage zur Forderung nach mehr Ostseeschutz stimmt die Fischerei überein und bekennt sich dazu. Es müssen allerdings die richtigen Maßnahmen zum Schutz der Ostsee getroffen werden, und alle betroffenen Player sind in diesem Abstimmungsprozess zu hören.

Die Ostsee unterliegt vielfältigen menschlichen Nutzungen und ist weit davon entfernt in einem völlig natürlichen Zustand zu sein

Es entsteht bei den betroffenen Fischern aber der Eindruck, dass die schlechte Wasserqualität und der beklagenswerte Gesamtzustand der Ostsee den wenigen Fischereibetrieben anzulasten sind. Tatsächlich ist dieser Eindruck ebenso falsch, wie die Auffassung, die Fischer



würden die Ostsee „überfischen“. Laut Thünen-Institut hat die fischereiliche Sterblichkeit keine Auswirkungen auf die wichtigen Fischbestände. Schleppnetzfisherei ist innerhalb der 3-Seemeiellverboden, eine Industriefischerei gibt es in Deutschland nicht. Die Fangflotte ist in den letzten Jahren deutlich geschrumpft; insbesondere größere Schleppnetzkipper gibt es nicht mehr. Ähnliches gilt auch für andere EU-Anrainer. Ein Ausscheiden sämtlicher Kipper würde die Ostsee gar nicht merken .

Tatsächlich sind es vor allem die vielen Nährstoffe im Wasser, die aber nicht nur von der Landwirtschaft über die Zuflüsse in die Ostsee eingetragen werden, sondern auch durch nicht ausreichende Klärtechnik sowie die Einleitung von Abwässern aus der Papierverarbeitung in die zentrale und nördliche Ostsee. Ein nicht unwesentlicher Teil wird außerdem über die Luft eingetragen.

Ein wichtiger weiterer und nicht zu vernachlässigender Stressor ist die steigende Wassertemperatur in der Ostsee, die negative Auswirkungen auf das Ökosystem hat. Fische wie der Dorsch haben besonders in der Reproduktionsphase einen bestimmten Temperatur- und Salzanspruch an ihren Lebensraum. Ist dieser nicht mehr gegeben, wird es keinen ausreichenden Nachwuchs und damit keinen prosperierenden Dorschbestand mehr geben. Ebenso der Hering: das Laichen und die Eientwicklung erfolgt temperaturinduziert. Bei fehlender Erstnahrung (Phytoplankton hat lichtinduziertes Wachstum und ist die Basis der gesamten Nahrungspyramide) für seine Larven gehen die Enden infolge der Erwärmung und dem dadurch bedingten früheren Schlupf der Larven nicht mehr zueinander.

Die strukturellen Besonderheiten der Ostsee mit ihren Becken erfordert einen regelmäßigen intensiven Einstrom von sauerstoffreichem Salzwasser aus der Nordsee über das Nadelöhr Skagerrak und Kattegat. Nur dann kann sauerstoffreiches Salzwasser jeweils von Becken zu Becken fließen und damit eine wichtige Grundlage für Leben in die Tiefe erhalten bleiben. Da dieses Ereignis aber nicht regelmäßig und ausreichend stattfindet, gibt es zunehmend sauerstoffarme und –freie „Todes“ Zonen. Diese erheblichen Einflüsse auf das Ökosystem Ostsee können nicht wirklich vom Menschen beeinflusst werden und von den Fischern schon gar nicht.

Die regelmäßig auftretenden Blaualgenblüten infolge Nährstoffeinträgen und Temperatur tun ein Übriges. Die kurzlebigen Algen sinken auf den Meeresgrund und verbrauchen bei der Zersetzung den für die Meeresbewohner lebenswichtigen Sauerstoff. Hier ist kein Leben für höhere Organismen (wie auch Fischen) möglich.

Auch die erheblichen Mengen an Weltkriegsmunition stellen zunehmend eine Bedrohung für das Ökosystem dar. Die Bergung dieser Bedrohung soll jetzt endlich begonnen werden, wird allerdings erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, nach Aussage von Experten wohl mindestens 100 Jahre.

Die hiesige handwerkliche Fischerei verfügt im Allgemeinen ausschließlich über kleine Fahrzeuge mit eingeschränktem Fahrtbereich entlang der Küste und betreibt die Fischerei vorrangig mit passiven Fanggeräten. Aktuell werden an der Ostseeküste 68 Kutter sowie 68 Boote im Haupterwerb bewirtschaftet (Betriebe betreiben mehrheitlich parallel zu einem Kutter auch ein oder mehrere Boote). Die Mehrzahl der Betriebe ist ausschließlich in der Stellnetzfischerei aktiv.

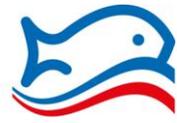
Nachdem die Pläne für einen Nationalpark Ostsee aufgegeben wurden, hat die Landesregierung nun einen 16-Punkte-Plan zum Schutz der Ostsee vorgestellt.

Die im 16-Punkte-Plan der Landesregierung angedachten Nullnutzungsgebiete bedeuten für 90 % der schleswig-holsteinischen Fischereibetriebe das Aus, da ein Ausweichen auf andere Gebiete aufgrund der begrenzten Reichweite der Fischereifahrzeuge mehrheitlich nicht möglich ist. Außerdem handelt es sich bei den Gebieten um die letzten noch zugänglichen Gebiete mit einem wirtschaftlich halbwegs tragfähigen Fangergebnis. Hierbei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass nicht nur die unmittelbar an den vorgesehenen Gebieten beheimateten gewerblichen Fischereibetriebe betroffen sind, sondern durch die Verlagerung des Fangaufwandes auch alle anderen an der Ostsee tätigen Fischer. Mit den Betrieben werden auch die nachgelagerten Strukturen aufgegeben werden müssen. Dies wird auch finanzielle Einbußen durch fehlende Steuereinnahmen im ohnehin klammen Landeshaushalt bewirken.

Bei Festlegung der zusätzlich ausgewählten Schutzgebiete (= Nullnutzung für die Fischereibetriebe) ist die Wirtschaftlichkeit, Verträglichkeit mit den angestrebten Schutzziele sowie die Verhältnismäßigkeit nicht berücksichtigt worden.

Wie verträgt sich dieses Vorgehen mit einem Papier des Landesausschusses der CDU mit dem Titel: „Schleswig-Holstein. Industrieland, Mittelstandsland. Zukunftsland“

Auch wenn hier die Fischerei zu unserem Bedauern nicht namentlich erwähnt wird, so betrachtet sich die Fischerei doch als Teil der Ernährungswirtschaft. In dem Papier heißt es auf Seite 6:



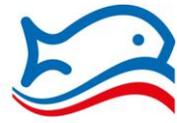
„SCHLESWIG-HOLSTEIN. MITTELSTANDSLAND.

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt. Diese Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft, haben den größten Anteil an Ausbildungsplätzen und sichern gute und zuverlässige Arbeitsplätze im Land. Die Bedürfnisse und Besonderheiten der mittelständischen Unternehmensstruktur müssen daher weiter einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik bilden.

Dazu gehört insbesondere auch die Land- und Ernährungswirtschaft als wichtiger Grundpfeiler des ländlichen Raumes. Sie leistet den elementaren Beitrag zur Ernährungssicherheit und beteiligt sich auch bei der Erfüllung der wichtigen Ziele Umwelt-, Klima-, Arten und Ressourcenschutz. Mit Anreizen und Unterstützung statt Verboten setzen wir uns für bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen und somit für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. Die zukünftige Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss neben Honorierungen von Umweltauflagen auch den Abbau der Regulierungen und die Förderung neuer Techniken in den Fokus nehmen.“

Die starke Betroffenheit der Betriebe wurde in mehreren Vorgesprächen beim zuständigen Minister und auch beim Ministerpräsidenten deutlich zum Ausdruck gebracht und von der Fischerei Alternativflächen und -lösungen angeboten, die bislang aber keine Berücksichtigung fanden, obwohl der Ministerpräsident versprach, die Fischer bei der Festlegung der Gebietskulisse zu beteiligen (z.B. beim Aalutsetzen in Maasholm). Dieses Versprechen wurde ignoriert.

Die Gebietsschließungen entsprechen einem faktischen Berufsverbot und stehen in krassem Widerspruch zu den Aussagen im Koalitionsvertrag, der die handwerkliche Fischerei erhalten und stärken will: Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien zu einem Erhalt der handwerklichen Fischerei in Schleswig-Holstein bekannt – offenbar leider nur eine leere Worthülse. Auch alle Politiker brüsten sich gerne damit, sich für den Erhalt der Fischerei einzusetzen und führen dabei neben der regionalen Wertschöpfung und der Versorgung des örtlichen Marktes mit frischem Fisch direkt vom Fischer auch die Bedeutung der Fischerei für die Attraktivität der schleswig-holsteinischen Küsten für Touristen ins Feld. Neben den Fischereibetrieben sind auch die Erzeugerorganisationen betroffen, denen aufgrund fehlender Verkaufsmengen die Kosten aus dem Ruder laufen. Ebenso betroffen sind in der Folge die nachgelagerten Strukturen und Zulieferer der Fischerei.



Interessant wäre auch zu erfahren, wie sich die Gebietsschließungen mit dem Punkt 1 der Maßnahmen zur Umsetzung eines Leitbildes des von der Leitbildkommission zur Zukunft der deutschen Ostseefischerei erarbeiteten 9 Punkte Programmes verträgt, wo wir lesen: „Junge Menschen für die Fischerei gewinnen“!

Die Fischerei verfügt über gute Ausbildungsbetriebe, die den jungen Interessenten eine vielfältige Ausbildung bieten könnten, aber in der Ostseefischerei entlässt man sie aktuell in eine unsichere Zukunft. Der Fischerberuf lebt von der Weitergabe von Fähigkeiten und Erfahrungen von Generation zu Generation. Wo die Fischerei erst einmal gestorben ist, wird man sie nur schwer wiederbeleben können, bestimmt nicht unter den jetzigen Bedingungen.

Zitat Claudia Müller (Parlamentarische Staatssekretärin im BMEL) bei der Vorstellung des Abschlussberichts in Berlin sowie ihre Pressemitteilung dazu vom 18.12.2023: „Für mich steht fest: wir kommen nur voran, wenn Bund und Länder an einem Strang ziehen – das sind wir den krisengebeutelten Ostseefischerinnen und –fischern schuldig.“

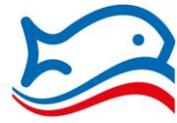
Die Fischerei verschließt sich nicht grundsätzlich Gebietsschließungen zum Schutz von Ressourcen und Lebensräumen, liegt nachhaltiges Wirtschaften doch im ureigensten Interesse der Betriebe.

Die Fischerei leistet schon jetzt auf freiwilliger Basis einen Beitrag zum Naturschutz (siehe „Freiwillige Vereinbarung zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden Meeresenten“) und ist durchaus bereit auch weiter ihren Beitrag zu leisten.

So z.B. zerstören die eingesetzten Stellnetze der handwerklichen Fischerei weder Seegraswiesen noch Riffstrukturen.

Im Gespräch mit Staatskanzlei und Ministerien wurde die Fischerei aufgefordert ihre Alternativvorschläge für Gebietsschließungen zu unterbreiten.

Für die im 16-Punkte-Plan angeführten Gebietsschließungen fordert die Fischerei eine deutliche Modifizierung der aktuell geplanten Gebietskulisse. Das Gebiet westlich Fehmarn sowie von Gelting bis Schleimünde sind wichtige Fischereigründe.



Bei der Sichtung der uns von den Ministerien im Zuge der Akteneinsicht zur Verfügung gestellten Unterlagen konnten gleichwertige Alternativgebiete identifiziert werden, die die Anforderungen zum Biotop- und Artenschutz erfüllen, aber für den Erhalt der Fischerei verträglicher wären.

Über zeitweilige Schließzeiten für die Fischereibetriebe ist zu diskutieren. Eine ganzjährige Sperrung von Gebieten für die Fischerei wird abgelehnt, sie ist nicht verhältnismäßig.

Laut EU-Biodiversitätsstrategie 2030 sind 30% der Wasserfläche unter Schutz zu stellen, 10 % unter strengen Schutz. Dieser „strenge Schutz“ ist offenbar nicht richtig definiert. Es müssten die jeweiligen Schutzziele festgelegt und gesagt werden, inwieweit verschiedene Arten der Fischerei diese gefährden würden. Diese Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist offenbar unterblieben.

In der Freiwilligen Vereinbarung zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden Meeresenten hat sich die Fischerei durch zahlreiche Maßnahmen zur Vermeidung von Beifängen selbst reglementiert. Über die Ausdehnung der Gebiete mit Ampelregelung zur Vermeidung von Vogelbeifängen in Stellnetzen im Winter besteht Gesprächsbereitschaft. Ebenso über Netzmodifikationen, wenn dadurch nachgewiesenermaßen der Schutz von Schweinswalen vor ungewolltem Beifang erhöht wird.

Sie sehen, die Fischerei steht für einen Dialog über sinnvolle und zielgerichtete Maßnahmen zum Schutz der Ostsee jederzeit zur Verfügung. Wir würden unsere Sorgen gern in einem persönlichen Gespräch näher ausführen.

Was die Fischereibetriebe allerdings benötigen um wirtschaftlich zu überleben ist der Zugang zu ihren angestammten Fischereigeieten!!!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lorenz Marckwardt

1.Vorsitzender und Fischermeister